

**Stadtverordnetenversammlung
Brandenburg an der Havel**

Fraktion FDP, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und Fraktion DIE LINKE

Fraktion/Stadtverordnete

(zehn vom Hundert der Stadtverordneten)

Antrag Nr.:	030/2022
Datum:	15.02.2022
zur Behandlung in öffentlicher Sitzung	

Beschlussantrag an die Stadtverordnetenversammlung

Betreff: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 009/2022 Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg - Herrichtung
des Freyhauses zum zentralen Museumsstandort bis 2028

Beratungsfolge:

Datum

Gremium

08.02.2022 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale
Zusammenarbeit

10.02.2022 Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

14.02.2022 Hauptausschuss

23.02.2022 Stadtverordnetenversammlung

**Beschlussvorschlag:
Fassung vom 15.02.2022:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das Freyhaus wird als zentraler Museumsstandort spätestens im Jahr 2028 in saniertem Zustand wiedereröffnet. Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für den Wirtschaftsplan GLM 2022 die notwendigen Mittel für die Planungsphase einzustellen (100 T€)
2. die finanziellen Mittel für den Abschluss der in der Vergangenheit begonnenen Sanierung und die notwendigen Mittel für die Ausstattung des Hauses in die künftige Finanzplanung einzustellen.
3. die Wiedereröffnung des Freyhauses als Stadtmuseum bis zum Beginn der Feierlichkeiten zum 1100. Jubiläum der Stadt im Jahr 2028 sicher zu stellen.
4. über den Fortgang der Maßnahmen ist regelmäßig im zuständigen Ausschuss zu informieren.

Fassung vom 03.02.2022

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das Freyhaus wird als zentraler Museumsstandort spätestens im Jahr 2028 in saniertem Zustand wiedereröffnet. Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- 1.für den Haushalt 2022/23 die notwendigen Mittel für die Planungsphase einzustellen.
- 2.die Sanierungskosten in die mittelfristige Finanzplanung einzustellen.
- 3.zu Beginn des Jahres 2023 die Sanierungsplanung bis Leistungsphase 3 HOAI (Entwurfsplanung) der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
- 4.den vollständigen Leerzug des Hauses bis Ende 2023 zu gewährleisten.
- 5.die weiteren Planungen und Genehmigungen sowie die Ausschreibungen 2023 vorzunehmen.
- 6.2024 mit der Sanierung zu beginnen und 2026 abzuschließen.
- 7.die notwendigen Mittel für die Ausstattung des Hauses und den Wiedereinzug der Museumbestände in 2027 einzuplanen und den Wiedereinzug weitgehend abzuschließen.
- 8.Die Wiedereröffnung des Freyhauses 2028 vorzubereiten

Begründung:

Die bisherigen Bemühungen um die Herstellung eines Museumsstandortes für Brandenburg an der Havel als älteste Stadt des Landes, Mutter von Berlin und Potsdam und Wiege der Mark Brandenburg sind gescheitert. Das Freyhaus befindet sich in erbärmlichen Zustand. Deshalb ist die Wiederherstellung des Freyhauses bis 2028 ein erreichbares, wenn auch mit einer erheblichen finanziellen Kraftanstrengung verbundenes Ziel. 1100 Jahre Brandenburg ist ein würdiges Jubiläum, die wichtigen und reichen Museumsbestände in einer neuen zeitgeschichtlichen Ausstellung wieder der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Fassung vom 03.02.2022

Die bisherigen Bemühungen um die Herstellung eines Museumsstandortes für Brandenburg an der Havel als älteste Stadt des Landes, Mutter von Berlin und Potsdam und Wiege der Mark Brandenburg sind gescheitert. Das Freyhaus befindet sich in erbärmlichen Zustand. Deshalb ist die Wiederherstellung des Freyhauses bis 2028 ein erreichbares, wenn auch mit einer erheblichen finanziellen Kraftanstrengung verbundenes Ziel. 1100 Jahre Brandenburg ist ein würdiges Jubiläum, die wichtigen und reichen Museumsbestände in einer neuen zeitgeschichtlichen Ausstellung wieder der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Anmerkung:

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn in den kommenden Jahren Haushaltsnotlagen verhindert werden, die die angestrebten Investitionen nicht zulassen. Daher muss es unser gemeinsames Ziel sein, für ausgeglichene Haushalte ggf. auch durch Einschnitte an anderer Stelle zu sorgen.

Anlagen:

Vorlage 030/2022 - Beschlüsse

Betreff: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 009/2022 - Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg - Herrichtung des Freyhauses zum zentralen Museumsstandort bis 2028

Status: öffentlich **Vorlage-Art:** Beschlussantrag

Federführend: Stadtverordnete

Beratungsfolge:

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit	Vorberatung
08.02.2022 Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit	zur Kenntnis genommen
Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport	Vorberatung
10.02.2022 Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport	
Hauptausschuss	Vorberatung
14.02.2022 Sitzung des Hauptausschusses	
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung
23.02.2022 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel	ungeändert (030/2022) beschlossen

08.02.2022 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und kommunale Zusammenarbeit zur Kenntnis genommen

Vortragender: Herr Dr. Kromholz

In diesem Antrag wurde versehentlich ein falscher Betreff genannt. Es geht nicht um das Industriemuseum, sondern um das Freyhaus. Daher wurde ein Änderungsantrag dazu eingereicht.

Herr Reckow: Der Antrag muss dann wirklich als Änderungsantrag zum Wirtschaftsplan GLM behandelt werden. Ansonsten wird die Maßnahme vom Innenministerium aus der Kreditgenehmigung gestrichen. Der WP GLM 2022 wird in diesem Jahr abgestimmt, d.h. der WP 2023 betrifft den Haushalt nicht, sodass sich in Sachen GLM ausgelebt werden kann. Viele Dinge, die heute noch unklar sind, werden bis dann hoffentlich klarer sein.

Momentan gibt es eine Wunschliste, die auf ca. 90 Mio € geht. Der Schulcampus und die Oberschule kommen schon allein auf 80 Mio €. Für das Freyhaus gibt es noch nicht einmal eine Zahl. Wenn dafür die restlichen 10 Mio € gebraucht werden sollten, dann muss man sich schon fragen, wo die 90 Mio € herkommen sollen. Kredit wird man für das Freyhaus nicht genehmigen, insbesondere nicht, wenn gleichzeitig der Schulneubau erfolgt.

Herr Bergholz: Wenn man davon ausgeht, dass es 5 Mio €/Jahr im Investhaushalt sind, dann sind es in 12 Jahre 60 Mio €. Das heißt, in den 12 Jahren könnten keine anderen Maßnahmen erfolgen, weder Feuerwehr noch Schule noch sonst irgendwas. Wo soll das hinführen? Man muss Prioritäten setzen. Es wurde sich für das Schulzentrum entschieden, nun soll noch das Museum gemacht werden. Wo soll man anfangen? Woher soll das Geld kommen?

Herr Schaffer: Es gehört dazu, dass eine Stadt ein Museum hat. Aus der ersten Veranstaltung zum Sachstand Museum kann resümierend gesagt werden, dass sich weder Frau Grothe noch Herr Freudenberg mit Ruhm bekleckert haben für das, was sie dort angeboten haben, wie irgendwie eine Museumskonzeption aussehen kann. Es wurde sich für einen Schulcampus entschieden. Alle wussten, dass es monetär ein Riesenaufwand wird. Die Gelder dürfen jetzt nicht anderswo eingesetzt werden, auch wenn ein Museum gebraucht wird. Was dort angeboten wird, spottet jeder Beschreibung. Am besten wäre die Schließung. Heute sich Vitrinen anzuschauen ist nicht zeitgemäß. Das Glück der Stadt wird nicht am Museum festgemacht werden.

Herr Kretzschmar: Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag grundsätzlich zu. Gewünscht wird aber noch die redaktionelle Ergänzung, dass es nicht erst allgemein 2028 eröffnet werden soll, sondern im 1. Halbjahr 2028, denn in diesem Jahr ist das Jubiläum des Museums, falls es wider Erwarten fertig sein sollte. Es kann den Meinungen der Freien Wähler und der CDU durchaus etwas abgewonnen werden. Dann ist es wenigstens eine offene Diskussion. Aber dann muss es auch ganz deutlich benannt werden, dass im

Zweifelsfall der Schulcampus gebaut werden soll, wofür sich die Mehrheit der Stadtverordneten ausgesprochen hat. Und dann kann man sich eben kein Museum leisten. Dann muss auch nicht alle halbe Jahre darüber diskutiert werden, wo ein Depot hin oder ein Museum gebaut werden soll.

Die Begründung im Antrag ist schwierig. Vorher wurde über Mehrmittel für den ÖPNV gesprochen, die die Kommune auch querfinanzieren muss. Es wird sicher auch Mittel für ein Museum geben. Da muss man Fördermittel auf Bundesebene eruieren.

Wenn Vitrinen nicht zeitgemäß sind und VR-Brillen auch nicht, was ist es denn dann?

Herr Jumpertz: Die SPD-Fraktion hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Wohl im Wissen, dass in der Priorität der Schulneubau Wiesenweg vorn steht. Die drastische Aussage, dass das Museum eben geschlossen werden sollte, fällt im Hinblick auf 1100 Jahre Museum sehr schwer. Eine Kultur, die sich über 1100 Jahre feiert zu schließen, steht der Stadt auch nicht. Insofern hat man sich entschlossen, die Mittel als Änderungsantrag in den WP GLM einzustellen. Es geht hier um Sanierung und bauliche Entwicklung und nicht um einen Neubau. Wenn die Planungsmittel von 100 T€ freigegeben sind, kann man sich doch anschauen, was damit gemacht werden kann. Der neue Änderungsantrag ist nur mit dem 1. Punkt des jetzigen Antrages deckungsgleich.

Herr Bergholz: Herr Kretzschmar, Sie haben so nett gesagt, dass man nach Fördermöglichkeiten suchen kann. Dann machen Sie das doch. Setzen Sie Prioritäten. Das ist nicht Sache der Verwaltung. Die Priorität muss selbst gesetzt werden.

Herr Schaffer: Es muss noch einmal klargestellt werden, damit hier nichts durcheinanderkommt. Dem Antrag für die 100 T€ kann er sofort zustimmen. Der ist ein Signal, falls das Land oder der Bund Mittel zur Verfügung stellt. Aber das Freyhaus so herzurichten, dass es dann toll ist, wird nicht möglich sein. Man erinnere sich an die Kosten für den Rochowradweg, die hatten sich verdoppelt.

Er ist natürlich für ein Museum, aber das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. In diesem Fall eher für den Schulcampus, da die Perspektive dafür deutlich interessanter ist. Wenn das Museum so nicht gefällt, dann muss es eben geschlossen werden. Ansonsten muss man mit dem leben, was dort ist. Es wird nicht genügend Geld zusammenkommen, um visionär ein Museum herzurichten, was den heutigen Anforderungen genügt.

Herr Dr. Krombholz: Die Einwerbung von Fördermitteln ist eine Selbstverständlichkeit, darum möge sich bitte die Verwaltung kümmern. Das wird auch in keinen Antrag geschrieben, es ist Verwaltungshandeln. Seinerzeit bekam die Stadt sehr viele Fördermittel für ein Städtisches Museum im Paulikloster, was an das Landesmuseum vermietet wurde. Da sind Millionen an Fördermitteln der EU hineingeflossen. Es ist aber ein städtisches Gebäude. Man muss sich über Ziele unterhalten. Natürlich kann der Schulcampus eine Zielsetzung sein. Aber die Ziele sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für ein Museum ist nie Geld vorhanden. Es gibt immer eine Haushaltsnotlage, ob vor 10 Jahre oder in 10 Jahren und die wird es immer geben. Der Kämmerer wird immer sagen, dass kein Geld dafür vorhanden sein wird.

Zum Haushalt selber hat er erhebliche Schwierigkeiten, sich mit dem auseinanderzusetzen, weil es an Eckpunkten fehlt. Er weiß nicht, was an Rücklagen da ist, im letzten Jahresabschluss 2017 waren es ca. 17 Mio € Sonderrücklage, die dort in der Bilanz ausgewiesen waren. Es wird ein Berg von aktuell 35 Mio € nicht ausgegebener Mittel von investiven Maßnahmen vor sich hergeschoben. Er weiß nicht, wie hoch die allgemeine Rücklage ist, aber 10 Mio € wurden im letzten Jahr an Überschüssen erarbeitet. Mit dem Haushalt in der Form kann er nichts anfangen. Aus seiner Sicht ist Geld für ein Museum vorhanden.

In den letzten Jahren wurden einige Museumsleiter verschlissen. Es gibt jetzt Frau Grothe als Museumsdirektorin. Diese Frau macht wirklich eine sehr, sehr gute Arbeit vor dem Hintergrund dessen, was ihr zur Verfügung steht. Sie macht endlich Programm, bringt ihr Haus nach vorne. So schlimm, wie es da auch aussieht, macht sie gute Arbeit. Die Verwaltung hat ein Raumprogramm vorgestellt für das zukünftige Museum im Freyhaus. Es ist nicht so, dass sie dort nicht wissen, was sie wollen. Er ist der Meinung, dass die Chance jetzt ergriffen werden sollte, die sich dadurch bietet, dass 2028 das Jubiläum ansteht. Aus diesem Anlass können evtl. tatsächlich Fördermittel eingeworben werden. Aber es muss sich über Ziele unterhalten und diese beschlossen werden. Wenn man weiß, dass für ein Museum nie Geld da ist, dann ist es egal, wann dieses Ziel beschlossen wird. Das Haus ist teilsaniert, Brandschutzmaßnahmen sind durchgeführt worden, es gibt ein nagelneues Treppenhaus und einen Fahrstuhl. Es ist vieles da, es muss nur zu Ende gebaut werden.

Ein Beispiel ist, dass seit 1920 in dieser Stadt darüber diskutiert wird, dass das Vorderhaus mit der Remise dahinter räumlich verbunden werden soll. Das zeigt doch, dass nie Geld für das Museum da ist, es sei denn, man will es und gibt sich einen Ruck.

Herr Jumpertz könnte nur im Punkt 1 zustimmen und verweist ansonsten auf den neu vorzulegenden Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Dr. Krombholz schlägt vor, den Antrag zu modifizieren, vielleicht mit den anderen zu Anträgen verbinden, sodass man zu einem gemeinsamen Antrag für die SVV kommt.

Insofern sollte der jetzt vorliegende Antrag auch nicht zur Abstimmung gestellt werden.

Es erfolgt keine Abstimmung

Dokument 2

Seite 1 von 1

letztes Speichern: 28.01.2022

10.02.2022 Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport
(Sitzungsstatus lässt noch keine Beschlussanzeige zu)

14.02.2022 Hauptausschuss
(Sitzungsstatus lässt noch keine Beschlussanzeige zu)

23.02.2022 Stadtverordnetenversammlung

ungeändert
beschlossen (030/2022)

Einreicher: Fraktion FDP, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion DIE LINKE

Vortrag:

Herr Nowotny: Ende des vorigen Jahres habe eine Veranstaltung der Kulturverwaltung stattgefunden, zu der alle Fraktion eingeladen waren. Leider seien nicht alle Fraktionen dieser Einladung gefolgt. Dabei sei es um die Zukunft des städtischen Museums gegangen, insbesondere mit Blick auf die 1100-Jahrfeier 2028. Bis in das Jahr 2020 hinein habe es hochtrabende Ideen aus der Verwaltung gegeben, zum Beispiel im Stadtbad das Museum unterzubringen oder im alten Straßenbahndepot usw., letzten Endes seien alle im Sande verlaufen.

Zwischendurch habe es noch die Variante gegeben, dieses Museum dezentral zu betreiben. Das wäre auch nicht besonders zielführend gewesen. Insofern hätten sich die beteiligten Fraktionen sehr gefreut, dass die Kulturverwaltung schon relativ konkret ihre Vorstellungen vorgetragen habe mit dem Grundtenor, dass sie das Freyhaus als den zentralen Standort für ein städtisches Museum vorsehen wollen und dafür aber zwingend eine Ertüchtigung erforderlich sei.

Ihn verwundere insofern das Schreiben zu diesem Thema vom Oberbürgermeister, worin stehe, dass noch gar kein Konzept vorliege. Also wisse man in der Verwaltung nicht, ob die „linke Hand“ das oder „die rechte Hand“ das mache. Es sei auch nicht Aufgabe der Kulturverwaltung, das alleine voranzutreiben. Es müsse eine Führungsaufgabe sein, aus der Beigeordnetenrunde beflügelt und dieses Thema entsprechend behandelt. Man könne sich nicht leisten, 2028 ohne ein funktionierendes Museum dazustehen.

Welcher Aufwand zu betreiben sei, habe sich jüngst herausgestellt, da aufgrund von „Holzgutachten“ erforderliche Sondermaßnahmen erbracht werden müssten. Insofern hätten die einreichenden Fraktionen sehr detailliert ihre Vorstellungen hierzu geäußert. Das mache aus seiner Sicht auch alles Sinn. Es habe Kritik im Hauptausschuss gegeben, dass man keine Gelder hineingeschrieben habe. Man sei in diesem Fall aber nicht in der Lage, diese Gelder zu bestimmen. Das könne die Verwaltung sicherlich machen und sagen, wie viele Mittel man bis zur Planungsphase 3 HOAI bei dem Objekt benötige und diese sollten dann auch in den Haushalt entsprechend eingestellt werden. Er sei nicht sehr glücklich darüber, dass das nun dem GLM zugeschlagen wurde. Es wäre sicherlich eine größere und umfassendere Aufgabe und die solle man vielleicht beim Haushalt lassen oder völlig gesondert als eigenständigen Antrag behandeln.

Mit diesem Antrag wolle man konzeptionell erreichen, dass man relativ sicher im Jahre 2028 zur 1100-jährigen Feier in der Stadt Brandenburg ein funktionsfähiges Heimatmuseum habe. Der Standort in der Ritterstraße sei ideal - mit der Johanniskirche, mit verschiedenen anderen Objekten in der Bäckerstraße usw. Es gebe genug andere Nebenobjekte, wie das Gotische Haus, das in der Nähe sei, wo man auch ausstellungsmäßig ausweiten könnte. Deswegen mache es Sinn, dieses Objekt zu nutzen. Alle anderen hochtrabenden Ideen seien gescheitert und würden sich wahrscheinlich bis 2028 in keiner Weise umsetzen lassen. Sie bitten dringend darum, auch die Fraktionen, die seinerzeit den Vortrag nicht gehört haben, diesem Vorschlag zuzustimmen. Sie seien von der Idee sehr angetan gewesen und unterstützen diese mit ganzen Kräften.

Aussprache:

Herr Holzschuher: Sie hätten gemeinsam mit der Fraktion CDU einen Antrag eingebracht, der in die gleiche Richtung gehe. Deswegen gebe es hier keinen großen Dissens, im Grunde gebe es gar keinen bei diesem Thema. Der Punkt 1 des Antrags 030/2022 sei identisch mit dem, was sie beantragen würden. Es gehe

darum, Planungsmittel einzustellen, und zwar nicht nur für die Sanierung und Beseitigung von irgendwelchem Holzwurmbefall, sondern tatsächlich Planungsmitteln im Hinblick auf einen weitergehenden Umbau zu einem funktionstüchtigen Museum. Das würden sie für erforderlich halten und da hätten sie Konsens. Diese würden sie mit 100 TEUR ansetzen, um diese Stelle im konkreten Wirtschaftsplan zu dokumentieren.

Für sie sei es ganz entscheidend, dass diese Stadt ein strahlkräftiges Museum bekomme. Er würde es nicht mehr Heimatmuseum nennen, denn das würde nicht der Bedeutung der Stadt gerecht werden. Die Stadt habe eine überregionale Bedeutung mindestens für das gesamte Land Brandenburg. Sie sei im Mittelalter ein Kristallisationskern für die Entwicklung in dieser Region gewesen. Es könne auch sehr spannend werden, mal das Verhältnis zwischen Deutschen und Slawen im Mittelalter darzustellen. Das sei nämlich sehr differenziert und gar nicht so simpel und auch nicht nur kriegerisch - im Gegenteil, aus seiner Sicht sei das durchaus auch sehr positiv aufzuzeigen. Das müsse die moderne Wissenschaft beleuchten, das habe sie längere Zeit nicht gemacht. Das sei auch der Ansatz, man brauche eine Stadtgeschichte, die sich mit dieser Thematik intensiver befasse, aber auch ein Museum, was aufgreife, warum das Land Brandenburg so heiße und warum es eigentlich das Nationalsymbol der Deutschen, wie das Brandenburger Tor, in Berlin gebe. Das könne man bei der Gelegenheit gleich überregional mitbeantworten, dass das nichts mit dem Land zu tun habe, sondern mit der Stadt.

Darüber hinaus sei die Stadtgeschichte sehr viel vielfältiger. Das wüssten alle. Mindestens die Industrialisierung und das 20. Jahrhundert, wo Brandenburg auch soziale Projekte (Wohnungsbauprojekte deutlich über die Region hinaus), deutschlandweit aufsehenerregende Projekte und Entwicklungen hatte, die müssten dokumentiert werden. Das sei bisher alles unzureichend geschehen. Das habe die Stadt Brandenburg nicht verdient und auch nicht das Land Brandenburg. Das Land Brandenburg solle schon ein bisschen in die Pflicht genommen werden, für die namengebende Stadt dieses Landes auch ein wenig Geld auszugeben, damit die Geschichte dieses gemeinsamen Landes anhand von Brandenburg an der Havel dokumentiert werden könne.

Er hoffe sehr auf Unterstützung aus dieser Richtung. Dann sei es auch gar nicht mehr so unrealistisch, dass man das finanzieren könne. Wichtig sei aber 2028, das müsse sein. Das sei in dem Antrag geschrieben. Trotzdem meine er, dass man das nicht brauche, was im Antrag geschrieben sei. Denn im Mai 2021 sei beschlossen worden, dass für das Jahr 2028 das Museum fertig sein solle. Des Weiteren sei damals beschlossen worden, dass man über die Fortschritte regelmäßig zu berichten habe, so dass auch der Punkt 4 des Antrages überflüssig sei.

Auch sei beschlossen worden, dass es bis Ende 2021 ein Konzept geben müsse. Das gebe es entgegen der Beschlusslage nicht. In dem Schreiben von Herrn Scheller stehe, dass ein von der SVV beschlossenes Museumskonzept noch nicht vorliege und deswegen könne man noch nicht so richtig planen. Ja, man habe noch nicht beschlossen, aber nicht, weil man immer nur diskutieren würde, sondern weil die Kulturverwaltung unter Führung des Oberbürgermeisters Vorgaben und Vorschläge machen sollte, die man gemeinsam diskutieren wollte. Diese würden nicht vorliegen und deswegen fehle die wesentlichste Voraussetzung dafür, dass man konkrete Mittel einstellen könne, um ein Konzept zu erarbeiten. Das sei der zweite Punkt in dem vorliegenden Antrag, den sie deshalb auch für überflüssig und unnötig halten würden. Der Punkt könne im Augenblick nicht umgesetzt werden. Man brauche erst dieses Konzept, und zwar so schnell wie möglich.

Die Brandenburger hätten es verdient, dass diese Stadt nach außen besser präsentiert werden könne durch eine interessante, modern konzipierte Ausstellung. Sie erwarten von der Verwaltung, dass das jetzt absolut prioritär behandelt werde.

Deshalb brauche man den komplizierten Beschluss nicht. Man benötige diese Planungsmittel als Signal und alle Stadtverordneten müssten sich gemeinsam versprechen, dass man da „dranbleibe“, da man nicht mehr so viel Zeit habe. Vielleicht habe es ja schon Vorarbeiten gegeben. Er denke, man hätte sich sehr wohl trotz Corona - und da sei das Museum auch weitgehend geschlossen gewesen - schon mal konzeptionelle Gedanken machen können. Man erwarte Handlungen und man hoffe, auch wenn man dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen könne, dass man da keinen Konflikt hineininterpretiere.

Herr Schaffer: Im Hauptausschuss habe man von Frau Köhler gehört, dass momentan auch daran gearbeitet werde, die Standfestigkeit des Freyhauses zu klären. Es müssen noch Dinge erledigt werden, die notwendig seien. Er sehe es ähnlich oder genauso wie Herr Holzschuher, wenn etwas beschlossen werden solle, man auch wissen sollte, für was es beschlossen werde. Das heiße auch, dass vielleicht zwei, drei, vier oder fünf angearbeitete Konzepte vorliegen müssten. Aus diesen verschiedenen Varianten solle es dann ein einziges geben, was diskutiert werde und grundsätzlich einer Abstimmung in der SVV bedürfe. Insofern meine er, dass 100 TEUR eingestellt werden, um genau das hinzukriegen, um danach mit diesem Konzept arbeiten zu können. Dann wisse man auch, in welche Richtung es gehe. Die Verwaltung müsse handeln und ein Konzept vorlegen.

Herr Brösicke: Seit 2014 sei er Stadtverordneter und damals auch im Kultur- und Bildungsausschuss gewesen, wo es geheißen habe, dass man schon ein paar Jahre über das Museum diskutiere. Wenn man sich die Zeit anschau, sei man bis heute noch keinen Schritt weiter. Die Stadt habe immer noch keinen zentralen Museumsstandort und kein zentrales Museumshaus.

Es sei richtig, dass es noch kein beschlossenes Museumskonzept gebe, aber mit dem Antrag 030/2022 könne der Startschuss gegeben werden, indem man sage, dass man das Freyhaus als zentralen Museumsstandort wolle. Und um dieses Freyhaus herum, könne man ein Museumskonzept entwickeln und sich auf die anderen Standorte mitkonzentrieren.

Es seien noch einige Fragen ungeklärt. Das sei richtig, aber aus seiner Sicht hätte man heute zwei Möglichkeiten. Man beschließe, dass weiter beraten und geschaut werde – dann würde wahrscheinlich 2028 festgestellt werden, dass man immer noch keinen Schritt weiter sei. Oder man werde der Aufgabe gerecht, auch für die Stadt Brandenburg Visionen und Ideen zu entwickeln, zu beschließen und dann auch den Startschuss zu geben, diese umzusetzen. Das würde der vorliegende Beschlussantrag beinhalten.

Herr Langerwisch: Ihm erschließe sich nicht, wo zwischen dem Antrag 030/2022 und dem Antrag 045/2022 Dissens bestehe. Er könne nur erkennen, dass der Antrag 030/2022 etwas exakter sei und deutlicher sage, wohin es gehe. Der Antrag 045/2022 beabsichtige dasselbe. Man wolle die Verwaltung beauftragen, dass man das Freyhaus 2028 in einem ordentlichen Zustand haben wolle. Darüber sei man sich einig und deshalb wisse er nicht, worüber hier diskutiert werde. Er wolle, dass man sich hier auf einen der Anträge einige. Der Antrag 030/2022 sei genauer und deshalb werde er diesem zustimmen.

Frau Marx: Die Zeit der Lippenbekenntnisse sei vorbei, wenn es um das Museum gehe. Die Kulturverwaltung habe in dieser Sondersitzung ganz klar darum gebeten, dass man in der SVV ein deutliches Votum abgebe, und zwar für den Standort und für die Zeit. Das sei der Hintergrund dieses Antrages. Sie sei Herrn Nowotny sehr dankbar, dass er die Idee hatte, dass man sich dahinter versammeln könne, d. h. zumindest diejenigen, die Interesse an dem Museum hätten. Wenn man sich jetzt wieder mit Planungsmitteln zufriedengebe, dann würde man im nächsten Jahr an der gleichen Stelle mit dem gleichen Zustand sitzen. Man habe die Zeit nicht mehr. Zwar wolle man es nicht „auf Biegen und Brechen“ und um jeden Preis, aber man wolle es zu einem vernünftigen Preis und auf jeden Fall jetzt anfangen.

Frau Patz: Sie schließe sich Herrn Nowotnys Redebeitrag an und möchte ergänzen, dass sie es schade finde, dass kein Vertreter der Fraktion CDU anwesend gewesen sei. Anscheinend hätten die Vertreter der Fraktion SPD, die teilweise auch früher gegangen waren, nicht ausreichend in den Fraktionen berichtet. Es sei ganz ausführlich dargestellt worden, warum es notwendig sei, den Standort festzulegen, weil nämlich nur dann ein vernünftiges Konzept erarbeitet werden könne. Die Verwaltung habe ganz deutlich erklärt und deshalb könne sie in Richtung der Fraktion SPD sagen, dass sie es nicht verstehe, dass hier das Konzept hervorgehoben werde. Es sei genau aufgezeigt worden, wo das Problem liege. Sie finde es bezeichnend, dass man nicht anwesend gewesen sei, wo alles erklärt wurde und sie könne nicht verstehen, nachdem hier vorgetragen wurde, dass man dem nicht folgen wolle.

Herr Scheller: Herr Holzschuher habe zitiert, was von ihm aufgeschrieben wurde. Es sei tatsächlich so, dass man es von der Verwaltungsseite her bisher versäumt habe, der Stadtverordnetenversammlung eine Beschlussvorlage vorzubereiten.

Wenn man dem Antrag nun zustimme, dann stelle sich die Frage, ob so die Grundlage für eine Planung in eine bestimmte Richtung schon vorhanden wäre. Für ihn stelle es sich so dar, dass dann dazu eine Konzeption durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen wäre. Das ergebe sich aus der Hauptsatzung, worin stehe, dass für die Beschlussfassung von grundlegenden Konzepten die Stadtverordnetenversammlung verantwortlich sei. Man werde also schnellstmöglich aus den bisher vorliegenden Unterlagen eine Beschlussvorlage entwickeln, damit dann auch klar sei, in welche Richtung der Planungswille der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen sei.

Herr Jumpertz: Es werde in Frage gestellt, dass mit dem Antrag 045/2022, der auch von der Fraktion SPD getragen werde, das Freyhaus als zentraler Museumsstandort nicht so klar herauskomme, obwohl in der Überschrift „Freyhaus zum zentralen Museumsstandort“ stehe. Da seien sich doch wohl alle einig, dass alle in dieser SVV das Freyhaus als zentralen Museumsstandort haben wollen.

Entsprechend dem Beschluss zum Antrag 141/2021, mit dem sich Herr Holzschuher befasst habe, sei der Punkt 3 des vorliegenden Antrages obsolet.

Er könne nicht nachvollziehen, dass die „Zeit der guten Worte“ jetzt vorbei sein solle. Man sage, es müsse gehandelt werden. Dieser Meinung sei er auch und es sei unstrittig, dass alle das Museum wollen. Er wolle

aber gerne wissen, auf welcher Grundlage dieses Museum stehe.

Man wolle doch auch, dass man bei den Beschlüssen, die man selbst mit großer Mehrheit gefasst habe, also auch diesen Beschluss 141/2021, bleibe und versuche, dass diese umgesetzt werden.

Herr Holzschuher habe verhalten die Kritik geäußert, dass die Stadtverordneten bis Ende 2021 ein Konzept vorgelegt bekommen sollten und davor sollten sie in Zwischenschritten informiert werden. Diese öffentliche Veranstaltung möge das ja gewesen sein. Der Kulturmanager müsse sich da aber auch mal bewegen und vielleicht einen eigenen Vorschlag auf den Tisch bringen und nicht versuchen, eine Fraktion davorzuschieben. Er denke, wenn man diese Planungsmittel im Punkt 1 auf der Grundlage des alten Beschlusses beschließe, dann wisse man, wo die Reise hingehe und was die Investitionssumme betreffe.

Er wolle nicht, dass man etwas finden wolle, was eine Größenordnung annehme, die zu dem „Paket“ noch mit hinzukomme - denn es hänge doch vom Konzept ab, was noch hinzukomme. Es sei im Rahmen der Haushaltsplanung auch Beschlussgegenstand, dass man zu den 90 – 100 Mio. Euro, die man investitionsmäßig für alle möglichen Projekte vor sich herschiebe, noch etwas hinzugebe, wo man heute schon sagen könne, dass man das nicht alles gestemmt bekomme. Er möchte schon, dass man sich im Rahmen des leistbaren Haushaltes bewege - und da sei ein Konzept durchaus nötig, und zwar ein Konzept, welches eine breite Basis biete oder was man finanzieren könne. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht halte er diese Geschichte für richtig.

Er plädiere dafür, dass man diese 100 TEUR beschließe und darauf dränge, dass man den Beschluss 141/2021 endlich umgesetzt bekomme.

Herr Krüger: Er finde es nicht gerecht, dass ständig und in jedem zweiten Redebeitrag auf die Sondersitzung im Dezember verwiesen und als Vorwurf in den Raum gestellt werde. Er habe versucht, die Sondersitzung im Terminkalender nachträglich irgendwie herunterzuladen, aber das sei ihm nicht gelungen. Er habe auf das Museum zugehen müssen, um diese Unterlage, auf die man sich jetzt hier in Teilen beziehe, zu bekommen und durchlesen zu können.

Im Mai 2021 habe man sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt und einen Beschluss gefasst. Man habe nicht nur den Museumsbeschluss gefasst, sondern auch den Beschluss zur 1100-Jahrfeier. Man möge es ihm nachsehen, aber ja auch das Museum sei ein Teil der Altstadt zur 1100-Jahrfeier und auch das Museum werde ein Teil des Ganzen sein. Es gebe eine Arbeitsgruppe zur 1100-Jahrfeier, wo man die Projekte alle bespreche, wo die Weiterentwicklung passiere usw.

Geschichte sei erzählungsbedürftig und persönlich habe er den Anspruch, dass dort nicht ein Museum 1.0 entstehe, so wie man alte Museen von früher kenne und wo eine Ausstellung sich selbst erkläre - das werde 2028 nicht funktionieren -, sondern sein persönlicher Anspruch, den sicher auch alle anderen haben, sei es, ein gut frequentiertes Museum zu haben, ein Museum mit diesem Pull-push. Er habe dieses Museum 2.0 oder 4.0 aus dem Antrag so schnell nicht herauslesen können.

Wenn man den Punkt 2 im vorliegenden Beschlussantrag ansehe, dann stehe da: „... *und die notwendigen Mittel für die Ausstattung des Hauses in die künftige ...usw.*“ Das kenne man noch nicht. Das müsse in das Konzept hinein und das müsse so schnell wie möglich beschlossen werden. Es sei jetzt der Goodwill der Stadtverordneten, man gebe da jetzt weitere 100 TEUR hinein. Das sei nicht wenig Geld, um das voranzubringen. Die Verwaltung sei gefordert, der Kulturmanager sei jetzt gefordert, dieses Thema „auf die Beine zu stellen“.

Die Schritte würden auf dem Tisch liegen. Von Seiten CDU und SPD sei der Antrag auf 100 TEUR gestellt worden, er laute ähnlich, berücksichtige aber eben die Schritte. Deshalb möge man ihnen nachsehen, wenn man die Punkte 2, 3 und 4 des vorliegenden Beschlussantrages ablehne bzw. dem CDU-SPD-Antrag entsprechend zustimmen werde.

Herr Holzschuher: Frau Patz und Frau Marx würden den Eindruck erwecken, dass die Fraktionen SPD und CDU das alles verzögern wollten. Er glaube, er habe am Anfang das Gegenteil sehr deutlich gemacht. Deswegen halte er den vorliegenden Antrag nicht für wesentlich weiterführend, weil man das Konzept ja dann immer noch nicht habe, welches aber sehr schnell benötigt werde.

Es gebe jetzt einen Konsens, was den Standort - das Freyhaus – angehe. Er hätte sich auch etwas anderes gewünscht, aber realistisch sei das nicht bis 2028. Das Freyhaus, mit dem hinteren Bereich, den Fachwerkanbauten müsse dann zukünftig nutzbar gemacht werden.

Man habe ein Depot. Er denke, dass es dort auch mehrheitlich einen Konsens darüber gebe, dass das am Industriemuseum gebaut werden solle. Seines Erachtens müsse da in der Verwaltung nichts mehr geplant

werden, das stehe eigentlich fest.

Nun gehe es darum, dass man das Freyhaus mit den Anbauten so gestalte, dass man ein Museum 4.0 oder wie man es nennen wolle, 2028 erreichen könne. Da müsse nur noch ein bisschen überlegt werden, was man konzeptionell, baulich oder statisch brauche. So schwierig sei das auch nicht. Er sei kein Museumsexperte, aber irgendwann müsse man damit anfangen. Es müsse möglich sein, das Konzept innerhalb der nächsten Monate den Stadtverordneten auf den Tisch zu legen, damit man planen, bauen und bis 2028 umsetzen könne. Das könnten beide Anträge erreichen und er sehe da überhaupt keinen Konflikt.

Herr Hoffmann: Er bekomme den Eindruck, dass die Ernsthaftigkeit der ganzen Problematik auf der Stadtverordnetenebene bisher nicht erkannt wurde, auch teilweise nicht von der Leitungsspitze der Verwaltung. Wie lange darüber schon diskutiert wurde, sei inzwischen ein langes Lamento und müsse endlich einen Abschluss finden. Er wundere sich, dass über die einzelnen Punkte derart lange gestritten werde.

Man habe im Mai diesen anderen Beschluss gefasst. Bis dahin hätte man eine Vorstellung der Verwaltung zum künftigen Konzept gehabt. Es sei aber eben nicht in dieser Form alles erfüllt worden, wie sie es sich gewünscht hätten. Insofern sei es nur eine Bestärkung der ganzen Geschichte, dass man 2028 tatsächlich das Freyhaus als Stadtmuseum haben möchte.

Der zweite Punkt wäre, dass man natürlich das Konzept benötige, um die finanzielle Ausstattung planen zu können. Hier sei in diesem Punkt alles sehr allgemein gehalten. Normalerweise beginne die Haushaltsplanung für den nächsten Haushalt im Frühjahr und nicht erst im Herbst oder Dezember, wie man es von der Verwaltung kenne. Wenn man also diesen Beschluss fasse und dann vielleicht in diesem Frühjahr das Konzept mit der Kostenplanung vorlege, dann wäre die Verwaltung sofort in der Pflicht, auch diese Kostenplanung aufzunehmen. Ansonsten hätte man ein Konzept mit der Kostenplanung und sie würden wieder anfangen, zu diskutieren. Insofern sei die Beschlussfassung völlig unschädlich und eher ein Zeichen dafür, dass man das Stadtmuseum endlich beschließen wolle und solle.

Geschäftsordnungsantrag:

Er beantrage das Ende der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

mehrheitliche Zustimmung

Der Geschäftsordnungsantrag wurde angenommen.

Geschäftsordnungsantrag:

Herr Eichmüller: Er stelle den Antrag auf punktweise Abstimmung.

Abschließender Vortrag von Seiten der Einreicher:

Herr Nowotny: Es sei hier ausreichend besprochen worden, dass man im Mai 2021 den Beschluss gefasst habe, dass ein Museumskonzept vorgelegt werden sollte. Offensichtlich sei das in der Verwaltung nicht mit der nötigen Energie vorangetrieben worden, sodass die Kulturverwaltung relativ alleine und auf einem einsamen Boden stehe und kämpfe. Sie seien aber soweit gekommen, dass sie immerhin „ein Stück Papier“ in der Hand haben. Und nun müsse es doch möglich sein, dieses Papier tatsächlich bis zum Mai 2022 in ein Konzept umzuwandeln und entsprechend als Beschlussvorlage vorzulegen. Wenn im Mai 2022 der Beschluss gefasst werden würde, dann könnten doch alle diese Punkte, die in dem Antrag stehen, abgearbeitet werden. Er sehe nicht das Problem und er sehe sogar den Vorteil, dass ein gewisser Vorlauf für die Verwaltung entstünde, sich auch schon mal mit diesen Dingen auseinandersetzen zu können und nicht zu warten, bis endgültig der Beschluss da sei. Unter Umständen würden dann auch solche Dinge (Stadtbad, Straßenbahndepot) scheitern, die man nicht beeinflussen könne.

Insofern vertue man nichts, wenn der vorliegende Antrag beschlossen werde. Gleichzeitig fordere man die Stadt auf, dass bis zum Mai 2022 das Konzept der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Scheller: Wie bereits in den vorhergehenden Tagesordnungspunkten, wo es auch Punkte gegeben habe, die man nicht beschließen müsse, sei das hier auch wieder so. Natürlich könne die Bemerkung von Herr Nowotny ins Protokoll aufgenommen werden, aber das stehe dann völlig im Einklang mit dem, was er bereits gesagt habe. Das, was dort einzelnen Mitgliedern, die am 14.12.2021 an der Veranstaltung teilgenommen haben, vorgestellt wurde, werde in Form einer Beschlussvorlage vorbereitet und den Stadtverordneten zeitnah zur Beschlussfassung übergeben. Und das sei die Grundbedingung dafür, dass man wisse, in welche Richtung man konzeptionell und planerisch tätig werden wolle.

Beschlusstext:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das Freyhaus wird als zentraler Museumsstandort spätestens im Jahr 2028 in saniertem Zustand wiedereröffnet. Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. für den Wirtschaftsplan GLM 2022 die notwendigen Mittel für die Planungsphase einzustellen (100 T€)
2. die finanziellen Mittel für den Abschluss der in der Vergangenheit begonnenen Sanierung und die notwendigen Mittel für die Ausstattung des Hauses in die künftige Finanzplanung einzustellen
3. die Wiedereröffnung des Freyhauses als Stadtmuseum bis zum Beginn der Feierlichkeiten zum 1100. Jubiläum der Stadt im Jahr 2028 sicher zu stellen
4. über den Fortgang der Maßnahmen ist regelmäßig im zuständigen Ausschuss zu informieren.“

Punktweise Abstimmung über den Antrag 030/20222 (in der Fassung vom 15.02.2022):

- **Ziff. 1:** mehrheitliche Zustimmung
- **Ziff. 2:** 20 Stimmen dafür
16 Gegenstimmen
keine Stimmenthaltungen
- **Ziff. 3:** mehrheitliche Zustimmung
- **Ziff. 4:** mehrheitliche Zustimmung

Der Beschlussantrag wurde angenommen. Damit erübrige sich eine Abstimmung zum Antrag 045/2022.

Beschluss-Nr. 030/2022